



Abschlussvortrag

Wilfried von Bredow
Philipps-Universität Marburg
www.staff.uni-marburg.de/~vonbrede

Angela Merkel hat keine Ahnung! – Oder doch?

Politische Urteilskraft für Journalisten

Also wirklich, das ist ja nun ein ziemlich blöder Titel. Denn ob und wovon Angela Merkel als Person keine Ahnung hat, woher soll ich das wissen? Und wenn sie, in ihrer Rolle als Regierungschefin, ausgestattet qua Grundgesetz mit der Richtlinienkompetenz für die Regierung, von irgendeinem politischen Sachthema keine Ahnung hat, dann kann sie auf den Sachverstand im Bundeskanzleramt und auf ein ganzes Heer von Beratern innerhalb und außerhalb des Regierungsapparates zurückgreifen. Also was?

Beim zweiten Hinsehen fällt allerdings ins Auge, dass es hier gar nicht um die kognitiven Fähigkeiten der Kanzlerin geht, vielmehr um einen nicht unbedingt häufigen, aber doch hin und wieder hörbaren harschen Vorwurf in Beurteilung ihrer Politik durch Öffentlichkeit und Medien:

- Erst die Laufzeit von Atomkraftwerken wieder verlängern und dann, nach Fukushima, eine Wendung um 180 Grad – was will die Frau eigentlich, sie hat doch keine Ahnung.
- Hinhaltender Widerstand gegen Eurobonds, da hört man das gleiche Urteil von der Opposition und von manchen Ökonomen.
- Seit im übrigen das Internet zu einem „ideellen Gesamtstammtisch“ geworden ist, liest man dort ja andauernd von irgendwelchen Atavaren mit mehr oder weniger phantasievoll gewählten Namen hingerotzte politische Kommentare, deren sprachliche Eleganz in himmelschreiendem Gegensatz zur verkündeten Meinungssicherheit steht - Alle haben sie keine Ahnung, außer mir. Und Frau Merkel schon gar nicht.

Zwischen der Politik als Macht-Sphäre und dem Reden und Kommentieren dazu durch wen immer in der Öffentlichkeit (Meinungs-Sphäre) stehen die Medien. Sie haben in ihrer Gesamtheit die Funktion, den öffentlichen Diskurs mit Informationen und thematischen Akzentsetzungen sowie mit Urteilen über die politischen Vorkommnisse am Laufen zu halten. „Die Medien“ in ihrer Gesamtheit sind freilich in sich zerklüftet und konkurrieren scharf um öffentliche Aufmerksamkeit. Die „Medienmacher“, weil sie ja zugleich auch immer, meist mit gegensätzlichen Beurteilungen der Politik, „Meinungsmacher“ sind, benötigen ihrerseits als professionelle Voraussetzung für ihren Erfolg, politische Urteilskraft. Möglichst viel davon. Das ist meine Ausgangsthese.

Ich werde zunächst diesen Begriff ein wenig zu erhellen versuchen, dann mit einem saftigen, aber verwickelten Beispiel aufwarten, an dem man die Probe machen kann, wie viel oder wie wenig politische Urteilskraft in unserem öffentlichen Diskurs mobilisiert wird, wenn es heiß hergeht. Und drittens werde ich ein paar Elemente für eine Kunstlehre zur politischen Urteilskraft zusammenstellen, die mir besonders hervorhebenswert erscheinen.

1. Was ist und wer braucht politische Urteilskraft?

Wer sie braucht, ist die einfachere Frage: im Prinzip jeder Mensch, der als Individuum in einen sozialen und politischen Zusammenhang lebt, wobei mit letzterem nicht nur ein Staat, sondern staatliche und



Abschlussvortrag

nicht-staatliche Organisationen unterschiedlichster Art gemeint sind, bis hinunter zur Familie. Vielleicht mit Ausnahme des Schwarms, wenn man den denn als Organisation eigener Art bezeichnen kann.

Politische Urteilskraft ist nämlich immer und ausschließlich eine individuelle Eigenschaft. Es mag so etwas wie eine kollektive Identität geben und sogar ein kollektives Gedächtnis – kollektive politische Urteilskraft ist ein Widerspruch in sich selbst. Im Gegenteil, sie bewährt sich gerade auch in kollektiven Kontexten als Instrument zur Milderung von Verhaltens- und manchmal ja auch Denk-Zwängen, die von solchen Kollektiven auf ihre Mitglieder ausgeübt werden.

Sehen wir uns diesen aus drei Teilen (Urteil, Kraft, politisch) bestehenden Begriff der politischen Urteilskraft einmal näher an (vgl. auch: W.von Bredow, Th. Noetzel, Politische Urteilskraft, Wiesbaden 2009).

1.1 Urteilen

Das Urteilen, lesen wir in Rudolf Eislers 1904 erschienenen, heute immer noch sehr nutzbringend zu konsultierenden „Wörterbuch der Philosophischen Begriffe“ (www.textlog.de/5310.html), ist überhaupt der Grundprozess des lebendigen Denkens. Es betätigt sich schon an und in der Wahrnehmung. Es lässt Begriffe entstehen und verknüpft sie zu Schlüssen. Ein Urteil ist ein Akt der Entscheidung. Beide Begriffe erscheinen weitgehend identisch. Indes gibt es doch einen Unterschied zwischen dem Urteilen als einem möglicherweise längere Zeit in Anspruch nehmenden Vorgang der kritischen Informationsaufnahme und Prüfung von Sachverhalten, Feststellungen und Behauptungen einerseits und der am Ende dieser Prüfzeit erfolgenden Entscheidung andererseits. Am Ende des Urteilens, wie lang und schwierig dieser Vorgang auch ist, steht immer eine Entscheidung, das (fürs erste fertig gebildete) Urteil.

1.2 Urteilskraft

Kräftiges Urteilen ist nicht durch seine Heftigkeit gekennzeichnet, vielmehr durch Scharfsinn bei der Suche nach Informationen und bei ihrer Prüfung und beim Durchschauen zweifelhafter Argumente. Sie zeigt sich in der Unabhängigkeit und Klarheit des eigenen Denkens, das auch ambivalente Sachverhalte als solche erst einmal akzeptiert. Günstig wirkt sich aus, wenn das Urteilen sich auf Vorerfahrungen abstützen kann, sofern diese nicht zu Vorurteilen versteinert sind. Man ahnt schon: Urteilskraft lässt sich nicht so einüben wie man die Armmuskeln im Fitness-Studie kräftigt.

1.3 Urteils-Arten

Urteilen kommt in vielen Sphären unseres Lebens vor. Beispielsweise:

- Das Urteil eines Gerichts in einem Strafprozess läuft erstens auf die Entscheidung über den Sachverhalt der Straftat und das Ausmaß der Täterschaft in den Grenzen von schuldig und unschuldig hinaus sowie zweitens auf die Entscheidung über das Strafmaß – ein rechtliches Urteil.
- Das Urteil des Paris war die Entscheidung darüber, welche ihm als das schönste weibliche Wesen erschien. Leider war dieses ästhetische Urteil mit einem ziemlichen Mangel an politischer Urteilskraft verbunden und zeitigte deshalb höchst verhängnisvolle Folgen.



Abschlussvortrag

- Das Urteil des Viersternekochs morgens auf dem Markt ist die Entscheidung darüber, was er aus dem Angebot der Gemüse-, Geflügel- und Fischhändler für sein Restaurant kauft. Dabei leiten ihn u. a. Vorstellungen darüber, wie es um die Frische des Angebots steht und vielleicht auch, sei es aus Geschmacks- oder aus politischen Motivationen heraus, ob die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus biodynamischen Anbau stammen oder nicht. Ein sinnliches Urteil.
- Das Urteil des Befehlshabers auf einem Kriegsschauplatz wie z. B. Afghanistan, ein bestimmtes Haus in einem bestimmten Dorf mit Drohnen angreifen zu lassen, beruht auf einer militärischen Lagebeurteilung und hat ihn zu diesem Entschluss geführt. Das ist ein militärisches Urteil.
- Das Urteil der medialen Öffentlichkeit über das Verhalten von Politikern, die aus ihrer Amtstätigkeit mehr oder weniger gegen den Komment verstoßene private Vorteile anstreben und dabei erwischt werden, ist weniger ein politisches, vor allem ein moralisches Urteil.

All diesen verschiedenen Urteilen kann eine politische Komponente beigemischt sein, aber nur am Rande.

1.4 Das Politische

Und politische Urteilskraft ist zwar nicht ohne Verantwortungsbereitschaft zu haben, aber moralische, ästhetische, wirtschaftliche oder sonstige Kategorien spielen bei ihr nur eine nachgeordnete Rolle. In der Sphäre der Politik haben wir es mit Interessen und Werten von Menschen zu tun, mit ihren materiellen und ideellen Zielen und Wünschen, freilich auch mit Institutionen und Organisationen, verbindlichen Leitlinien und Grundsätzen für politische Verfahren. Nur, dass diese Leitlinien, Grundsätze und Regeln je nach ihrem kulturellen Zusammenhang variieren. Deswegen wäre es ein Unding, politische Urteilskraft auf eine „endgültig wahre Theorie“ hin auszurichten, der man sich im Zuge eines Aufklärungs-Fortschritts nähern könnte, um sie irgendwann einmal zu „besitzen“. Politisches Handeln, um einen pessimistischen Satz des Philosophen Ernst Vollrath zu paraphrasieren, ist seiner Modalität nach fatal, seiner Relation nach kontingent, seiner Qualität nach situativ und seiner Quantität nach partikulär. Geurteilt wird immer in lebensweltlichen Zusammenhängen. Anders gesagt: politische Lagen zu erfassen und zu interpretieren, das ist viel mehr als das Ergebnis wissenschaftlicher Anstrengung.

1.5 In der Medienwelt

Politische Urteilskraft zeigt sich in verschiedenen Lagen auf unterschiedliche Weise. Es ist ja in der Tat etwas anderes, ob man als Entscheidungsträger im politischen System, am weitesten herausgehoben also: als Regierungschef oder Kanzlerin, zu entscheiden hat, oder ob man als von solchen Entscheidungen zwar mehr oder weniger direkt betroffener Staatsbürger mit dem Anspruch auf politische Mündigkeit darüber nachdenkt und sich (hoffentlich erst) dann dazu äußert. In der governance-Sphäre von Politik verfügen die an den Schalthebeln sitzenden Personen über ausdifferenzierte institutionelle Hilfsmittel zur Stärkung ihrer politischen Urteilskraft, think tanks etwa und Berater aller Art. Hier geht es um das alltägliche politische Handeln.

In einer Gesellschaft wie der, in welcher wir leben, brauchen die Bürgerinnen und Bürger aber auch unbedingt politische Urteilskraft, um den politischen Debatten um sie herum folgen zu können. Der ständig breiter und zugleich reißender werde Fluss der Informationen muss durchgefiltert werden:



Abschlussvortrag

Welche Argumente sind plausibel, welche nicht, welche sollen mich manipulieren, was ist wichtig, was nur Info-trash? Wem soll meine Aufmerksamkeit gelten, auf welche eigenen politischen Entscheidungen muss ich mich vorbereiten?

Dazwischen stehen die Medien und diejenigen, die in und mit ihnen die öffentliche Meinung inhaltlich strukturieren. Für alle die, welche das zu ihrem Beruf gemacht haben, gleichviel bei welchem Medium (Printmedien, Rundfunk, Fernsehen, Internet) und auf welchem kulturellen und politischen Niveau, ist politische Urteilskraft eine durch nichts zu ersetzende professionelle Fähigkeit, ohne die sie nicht reüssieren können. Offen muss allerdings bleiben, wie der oder die einzelne ihre oder seine politische Urteilskraft benutzt. Geht es nur um die überraschende story, den großen Coup auf anderer Leute Kosten? Wird die eigene Urteilskraft genutzt, um kritisch zu berichten oder um die eigenen politischen Ausrichtungen Lesern, Hörern, Zuschauern möglichst geschickt unterzujubeln? Nutze ich als Medienmacher die eigene politische Urteilskraft populistisch, um die Auflage und die Einschaltquoten nach oben zu treiben? In der Alltagswelt der Medien geht bekanntlich vieles durcheinander, Seriosität und Einschaltquote, Information und Entertainment, gesinnungs- und verantwortungsethische Überlegungen, Idealismus und Zynismus. Das ist normal und nicht besonders beunruhigend. Es zeigt jedoch, wie schwierig es ist, im Gewühle der Fakten/Fakten/Fakten und der Notwendigkeit, daraus eine Nachricht zuzuschneiden, die eigene politische Urteilskraft ins Spiel zu bringen.

2. Was gesagt werden muss – ein Beispiel

Können Sie sich noch daran erinnern? Mit einer leichten Verspätung von drei Tagen veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung am 4. April 2012 ein 69 Zeilen-Gedicht von Günter Grass. Darin beklagt dieser sein zu langes Schweigen über die israelische Politik gegenüber dem Iran und dem von Israels Regierung reklamierten Recht auf einen nuklearen Erstschlag gegen die Atomanlagen des Iran (10 Zeilen). Sodann fragt der Autor nach den Gründen dieses Schweigens. Es sei die Furcht vor dem Verdikt des Antisemitismus. In einem Moment, wo Deutschland mit seiner verbrecherischen Vergangenheit atomar bestückbare U-Boote an Israel liefere und das als Wiedergutmachung deklariere, müsse der Autor jedoch sein Schweigen brechen (25 Zeilen). Um sich im Anschluss an diese Entschlussfassung wiederum zu fragen, warum er bislang geschwiegen habe. Weil er meinte, als Deutscher Israel nicht kritisieren zu dürfen. Aber dies gelte angesichts der Gefahr eines erneuten Verbrechens nicht, für das Deutschland nicht Zulieferer sein dürfe (17 Zeilen). Und er schweige auch nicht mehr, weil er damit entgegen der Heuchelei des Westens die Gefahr zu bannen hoffe, und durch eine Kontrolle der Atompotentiale Israels und des Irans allen Menschen „und letztlich auch uns“ geholfen wäre (17 Zeilen).

Die unmittelbare Resonanz auf diese Veröffentlichung war enorm. Bis auf wenige Ausnahmen: Marke shitstorm. FAZ-Herausgeber Schirrmacher nannte den Text ein „Machwerk des Ressentiments“, Marcel-Reich-Ranicki empfand ihn als „ekelhaft“. Rolf Hochhuth schrieb dem Autor in einem offenen Brief in „Bild.de“: „Du bist geblieben, was Du freiwillig geworden bist: der SS-Mann“. Unbekannte beschmierten auf dem Campus der Göttinger Universität ein von Grass entworfenes Denkmal. Henryk Broder nannte Grass einen Antisemiten. Das „bizarre Israel/Iran Gedicht“ (taz), das „wirre Israel-Gedicht“ (Berliner Zeitung) fand nur wenig Zustimmung. Sie kam etwa von dem sächsischen NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel oder dem Bundestagsabgeordneten der Partei der Linken Wolfgang Gehrcke oder von Stimmen aus der Friedensbewegung, welche die Gefahr eines Atombombeneinsatzes Israels gegen den Iran ähnlich wie Grass beurteilen. Auf der internationalen Ebene gab es auch zahlreiche Instant-Reaktionen: etwa Lob aus dem Iran und ein Einreiseverbot nach Israel für Grass, das von einer Reihe israelischer Kommentatoren ihrerseits als wenig kluge Maßnahme kritisiert wurde.



Abschlussvortrag

Grass hat sich über die „Kampagne“ der Medien gegen ihn beklagt und im Nachhinein bedauert, dass er den israelischen Regierungschef Netanjahu nicht direkt genannt habe. Der Kuriosität halber sei auch noch erwähnt, dass Egon Bahr als Freund Israels und von Günter Grass in der Frankfurter Rundschau vom 10.4.2012 einen möglicherweise etwas selbstironisch Gedicht genannten Text veröffentlicht hat, der unter dem Motto „niedriger hängen“ stehen könnte. Darin lesen wir: Den persönlichen Vorwurf des Antisemitismus brauche Grass ebenso wenig zu fürchten wie er selbst. Aber die Legitimierung eines latenten Antisemitismus von rechts durch den Text von Grass könne nicht ausgeschlossen werden. Jedoch komme er, Bahr, zu dem Ergebnis: „Ein Gedicht kann den Weltfrieden nicht gefährden“. Das ist in diesem Fall sicherlich korrekt.

Zwei Monate später ist die Aufregung so gut wie weg. Ein zweites Gedicht von Grass, nämlich zur angeblich schäbigen Behandlung Griechenlands durch die europäischen Finanzpolitiker, hat nicht annähernd soviel Staub aufgewirbelt wie sein Vorgänger und wurde sogar Gegenstand eines kleinen Schabernacks der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.

„Was gesagt werden muss“ ist ein saftiges, aber auch ein ziemlich verwickeltes Fallbeispiel für wenig ausgeprägte politische Urteilskraft. Zugleich benötigt man eine Menge davon, wenn man die Äußerungen der Beteiligten und das ganze Knäuel von Stellungnahmen und Gegenstellungnahmen untersuchen will (was wir hier nur ansatzweise beginnen können).

Generell ist es angebracht, angesichts solcher wütenden Kontroversen selbst einen kühlen Kopf zu behalten. Der Text von Grass hat ja mindestens zwei argumentative Ebenen, über die getrennt voneinander, aber eben auch im Zusammenhang geurteilt werden kann. Auf der ersten Ebene geht es um die Befürchtungen des Autors bezüglich der Politik Israels gegenüber dem Iran (und indirekt auch den Palästinensern). Auf der zweiten Ebene thematisiert der Autor seine eigene Situation als Kritiker Israels, der durch diese Kritik, weil sie von einem Deutschen kommt, reflexartig in die Tradition des Antisemitismus gerückt werden könne. Eine dritte Ebene ist durch die Veröffentlichung und das nationale und internationale Echo auf den Text überhaupt erst entstanden. Betrachten wir das zunächst einmal getrennt voneinander, so lässt sich kurz folgendes feststellen:

- Was die Kontroverse um Israels Politik betrifft, so findet sich in dem Text nichts, was nicht auch von anderen gesagt worden ist: „Seit vielen Monaten tobt“, wie der Historiker und Journalist Tom Segev festgestellt hat, „in Israel und weltweit eine erhitzte Debatte darüber, ob man Irans Nuklearprogramm mit einem Militärschlag stoppen sollte“ (FR, 7/4/2012). Eine politische Auseinandersetzung darüber ist sicherlich nötig, soll aber im Moment nur indirekt unser Thema sein. Es lässt sich allerdings kaum übersehen, dass Grass an verschiedenen Stellen des Textes fahrlässig formuliert und seine Besorgnis dadurch ein Stück weit desavouiert.
- Die zweite Ebene des Textes problematisiert das nun in der Tat hochkomplexe und moralisch-emotional eingefärbte Verhältnis zwischen Juden und Deutschen sowie zwischen Israel und Deutschland. Die Geschichte von Judenverfolgung und Antisemitismus ist nicht eine deutsche Geschichte allein. Aber nur in Deutschland hat es die industriell geplante und durchgeführte Vernichtung von Millionen Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft und ihrer Religion gegeben. Diese „tückische Geschichte“, die um die 70 Jahre zurückliegt, ist nicht von der Art, dass sie „vergehen“ könnte. Auch wenn den post-nationalsozialistischen Generationen der Deutschen keine Schuld an diesem Völkermord (und den anderen Untaten der Nationalsozialisten) gegeben werden kann, müssen sie die Schuld ihrer Eltern und Großeltern abtragen. Das ist nicht angenehm; aber unabweisbar, übrigens nicht nur in moralischer, sondern auch in politischer Hinsicht. Wie man weiß, kommt es deshalb in unserer politischen Kultur auch immer wieder zu verbalen Reibungen, auch zu



Abschlussvortrag

extremistischen Äußerungen. Wie bekannt, gehört Günter Grass zu der Generation, die als Kinder und ganz junge Kerle die NS-Zeit noch miterlebt, ein Stück weit von ihr geprägt wurde und nach 1945 von dieser eigenen Vergangenheit entweder durch ein schockartiges Erkennen der eigenen Verführbarkeit oder durch ihr Verdrängen (oder eine Mischung von beidem) befreit wurden.

- Im Fall von Grass hat das auch zu dem Missverständnis geführt, er sei als Schriftsteller und Intellektueller auch eine moralisch-politische Instanz für die deutsche Politik. Als Schriftsteller und Intellektueller reklamierte Grass über die Jahre eine wortmächtige politische Urteilskraft für sich, die seinen literarischen Werken und seinen politischen Äußerungen hohe politisch-moralische Autorität verleihe. Diesem Missverständnis ist nicht nur er selbst aufgesessen, sondern auch große Teile der linken und liberalen Öffentlichkeit, jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt, als die (eigentlich nicht besonders gravierende) Verstrickung des Autors in das NS-Regime während seiner letzten Monate und das (durchaus gravierende) systematische Verschweigen dieses Sachverhalts offenbar wurden. Diese biographischen Einzelheiten entlarvten die besondere politisch-moralische Aura des Schriftstellers als Pose. Mit etwas mehr politischer Urteilskraft hätten die Leser von Grass' Büchern und Artikeln dies schon viel früher entdecken können, beispielsweise bei den teilweise aberwitzigen politischen Urteilen von Grass über den Wiedervereinigungsprozess.
- Warum ist das unterblieben? Das ist die eine Frage, die sich an die Beobachter und Kommentatoren der politischen Kultur Deutschlands richtet und deren für Beantwortung ein längerer Ausflug in die Geschichte der Kultur- und Gesellschaftskritik und der Rolle von Intellektuellen als Meinungsführern notwendig ist. Die andere Frage bezieht sich auf die Gründe der Heftigkeit, mit der im April 2012 die Auseinandersetzung um Grass aufgeflammt ist. Um beiden Fragen nachzugehen, braucht es politische Urteilskraft, in diesem Fall eine, die sich besonders gefeit weiß gegen den Sog des Mainstream-Meinungsklimas. Es braucht politische Urteilskraft, um die politische Urteilskraft des Autors Grass und die Plausibilität seiner politischen Äußerungen zu analysieren. Ferner braucht es politische Urteilskraft, um die einzelnen Reaktionen und ihre Bündelungen in pro- und contra-Haltungen abwägen zu können. Denn der Diskurs brachte ja nicht nur „die üblichen Verdächtigen“ in ihre jeweils gut ausgebauten argumentativen Schützengräben, sondern es gab eigentümliche rechts-links-Übersprungeffekte. Was könnte das bedeuten? Weitere Anschlussfragen sind etwa: Warum war das Echo erst einmal so schrill und warum war es im Nu verflogen? Haben wir von dem ganzen Vorgang politisch etwas lernen können, etwa bezüglich des Iran-Israel-Konflikts, der deutsch-israelischen Beziehungen oder der Rolle von Schriftstellern für die politische Kultur unseres Landes?

3. Elemente einer Kunstlehre

Für jemandem, der oder die in den Medien arbeitet, sollte ein gewisses Maß an Selbstreflexion selbstverständlich sein. Es ist ja ein Fehlurteil zu behaupten, Selbstreflexion wirke sich lähmend aus und also als Hindernis für ein rasches und kühnes Vorgehen, zum Beispiel beim Recherchieren. Wenn man nicht nur sozusagen einer Spur folgt und die anderen beobachtet, sondern zuweilen auch sich selbst daraufhin prüft, ob das, was man tut, den eigenen Handlungsgrundsätzen nicht widerspricht oder keine ungewollten Nebeneffekte auslöst, ob die „eigene Rolle im professionellen System der Medien“ mit dem eigenen Selbstverständnis übereinstimmt, dann schwächt das nicht, sondern stärkt vielmehr die eigene Handlungsfähigkeit. Dasselbe trifft für die Fähigkeit zur Selbstkritik zu. Allerdings setzt hier auch bald eine gewisse Zwiespältigkeit ein. Einerseits schützt Selbstkritik vor dem, was man einen



Abschlussvortrag

professionellen Narzissmus nennen kann, also vor Selbstüberschätzung, einem die Wahrnehmung verzerrenden Egozentrismus, auch wohl vor einer gewissen Skrupellosigkeit im Umgang mit denjenigen, über die man berichtet. Andererseits kann ein Zuviel an Selbstkritik zu Unsicherheit und zur Beeinträchtigung der eigenen Hartnäckigkeit führen. Es kommt also auf das Maß an.

Beides, Selbstreflexion und Selbstkritik, gehört noch nicht in den Katalog von Eigenschaften und Fähigkeiten, die politische Urteilskraft ausmachen. Aber sie sind gewissermaßen die Voraussetzung dafür.

Dieser Katalog nun umfasst zwei Kategorien von Eigenschaften und Fähigkeiten, einmal die kognitiven und zweitens die charakterlich-psychologischen (ein besseres Wort ist mir noch nicht dafür eingefallen, sollte aber). Die kognitiven Aspekte politischer Urteilskraft lassen sich unter dem Etikett politische Bildung versammeln, die charakterlich-psychologischen unter dem Etikett der politischen Klugheit.

3.1 Politische Bildung

Zugegeben, wenn auch ein bisschen überspitzt formuliert: ist von ‚politischer Bildung‘ die Rede, fällt es nicht immer leicht, ein Gähnen zu unterdrücken. (Nichts gegen den Veranstalter!) Ich meine hier mit politischer Bildung aber nicht jene betuliche politisch-moralische Phrasenproduktion, die fälschlicherweise so oft unter diesem Namen durchgeht. Tatsächlich aber handelt es sich dabei um etwas anderes. Nämlich erstens um historische Kenntnisse über die Vorgeschichte der Gegenwart plus zweitens um systematische politische Kenntnisse darüber, wie politische Systeme funktionieren, plus drittens um Kenntnisse über aktuelle Vorgänge und Entwicklungen in seinem speziellen Arbeitsfeld plus, nicht zu vergessen, viertens mindestens um Grundkenntnisse über politische und Kommunikations-Theorie(n). Zu letzteren gehören beispielsweise auch wenigstens ein paar Einsichten über das Verhältnis von „Wahrheit“ und „Weltbild“ sowie über die Mechanismen der Wahrheitsfindung / Wahrheitskonstruktion und die Bedeutung kultureller Faktoren nicht nur bei der Verhaltens-, sondern auch bei der Denk-Steuerung.

Zugegeben: das klingt anspruchsvoll. Im journalistischen Alltag werden solche Ansprüche nicht selten missachtet. Aber das kann ja nicht heißen, sogleich auf alle Ansprüche zu verzichten und sie nur in Sonntagsreden hervorzukramen.

3.2 Politische Klugheit

Wo wir gerade bei Ansprüchen sind: Bei der politischen Klugheit als einer vielblütigen Eigenschaft der jeweiligen Persönlichkeit kommt man auch nicht ohne solche Ansprüche aus. Meine folgende Skizze fasst einige dieser Eigenschaften zusammen, was nicht als idealistische Überforderung verstanden werden darf. Idealistische Überforderungen gehören nämlich ihrerseits in den Negativkatalog für politische Klugheit, weil sie politisch unklug sind. Im übrigen umfasst politische Klugheit nicht nur kognitive (Verstandes-)Eigenschaften. Hier spielen die Intuition, das Fingerspitzengefühl, Menschenkenntnis, die Präsenz von Erfahrungen, alles zusammen also: Lebensklugheit eine gar nicht zu überschätzende Rolle.

Jedoch auch eine Reihe anderer charakterlicher Eigenschaften, die für die Berufsausübung in den Medien von großer Bedeutung sind. Die wichtigsten darunter sind Empathie, Toleranz, Scharfsinn und das, was ich einmal hilfsweise innere Unabhängigkeit nennen möchte.

- An erster Stelle nenne ich hier die Fähigkeit zur Empathie, also zum temporären und reflektierten Sich-Hineinversetzen-Können in die Wahrnehmungs- und, wenn möglich, auch



Abschlussvortrag

die Empfindungswelt der anderen. Die Berichterstattung in den meisten deutschen Medien über die Krise Griechenlands, ihre Ursachen und ihre Auswirkungen, muss hier leider als Beispiel für mangelhafte Empathie angeführt werden. Dadurch werden unsere Klischees und Vorurteile (gegen beides ist im Prinzip gar nicht so viel einzuwenden!) in eine bedenkliche Schieflage gedrängt. Wer hier die Augenbrauen hochzieht und missbilligend an den Spruch denkt „Alles verstehen, ist alles verzeihen“, hätte nur dann einen guten Punkt getroffen, wenn Empathie den Verzicht auf Kritik einschließen würde. Tut sie aber nicht. Stattdessen geht es um die Geduld für das Zuhören Können, um die Herstellung der Verbindung zwischen der Lebenspraxis anderer Menschen und deren Selbstverständnis, auch um das Bewusstsein davon, dass die eigene Lebenspraxis samt unserem Selbstverständnis nicht unbedingt das Vorbild und Rollenmodell für andere sein muss.

- Hier überschneidet sich Empathie mit Toleranz. Über diesen Begriff haben die politischen Philosophen immer wieder nachgedacht, von der Antike bis heute. Was vermuten lässt, das es gar kein einfach zu fassender Begriff ist. Das liegt auch daran, dass sich hier kognitive und psychologische Aspekte besonders krass verknoten. Außerdem wird, was ganz in Ordnung ist, über politische Toleranz häufig von ihren Grenzen her nachgedacht. Der Slogan „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ bezeichnet etwa solch eine Grenze. Auch bei Toleranz kommt es auf das Maß und auf die Umstände an. Zu eng sollte man ihre Grenzen nicht ziehen. Das Gegenteil von Toleranz sind Dogmatismus, Fanatismus, Fundamentalismus, Sicht- und Verhaltensweisen, die verstärkt in der Sphäre von Religionen anzutreffen sind. Aber Religionen sind ja auch immer sozio-politische Gebilde, ihre Anhänger werden von ihren Grundsätzen immer auch in ihrem Alltagsleben und ihrem politischen Verhalten gesteuert. Dogmatismus, Fanatismus und Fundamentalismus sind mit politischer Urteilskraft unvereinbar. Wer seine politische Urteilskraft stärken will, immunisiere sich gegen diese Verhaltensweisen der Intoleranz.
- Unter Scharfsinn verstehe ich mehr als einen hohen Intelligenz-Quotienten, nämlich so etwas wie praktische Intelligenz. Sie zeigt sich in der Medienwelt etwa in einer ungemein wichtigen professionellen Fähigkeit, nämlich der zum rechten Maß der Vereinfachung. Ohne angemessene Vereinfachung kommt weder die Berichterstattung noch die Kommentierung aus. Zuviel davon wird leicht zur „schrecklichen Vereinfachung“, zum Manipulations- und Mobilisierungs-Journalismus, dessen destruktive Konsequenzen unter Umständen weit über den Anlass hinausgehen. Zu wenig davon bewirkt eine beträchtliche, mitunter entscheidende Minderung der Resonanz. Den Scharfsinn, den ich hier meine, kann man allerdings auch bewusst in destruktiver Form anwenden, indem genau kalkuliert populistische Stimmungen geschürt, angeheizt und am Köcheln gehalten werden. Auch erstaunt es mich immer wieder, mit welchem Scharfsinn bestimmte Verschwörungstheorien formuliert und verbreitet werden. Scharfsinn instrumentiert manchmal politischen Schwachsinn. Das zu erkennen, dazu gehört auch politische Urteilskraft.
- Innere Unabhängigkeit setzt sich aus mehreren Persönlichkeitsmerkmalen zusammen. Dazu gehören ein gewisser Mut, etwa in Form von Zivilcourage, eine nicht übertrieben große Portion Ironie, am besten und reifsten auch in der Form von Selbstironie, eine Menge nicht auf simple Weise zufriedenzustellende Neugier auf Hintergründe, der selbstbewusste, indes nicht arrogante Anspruch darauf, wenn möglich selbst noch einmal Mainstream-Wahrheiten zu überprüfen, und schließlich auch so etwas wie Gelassenheit gegenüber der Hektik des Betriebs. Politische Urteilskraft ist kein Medium der Verzögerung, aber wenn man mit Sorgfalt urteilen will, braucht es auch Zeit.



Abschlussvortrag

- Nicht alle, aber die meisten der in diesem Katalog aufgeführten Fähigkeiten und Eigenschaften kann man lernen bzw. verbessern. Je besser das gelingt und je, sagen wir mal: organischer sich diese Fähigkeiten und Eigenschaften miteinander verbinden, desto mehr kräftigt man die eigene politische Urteilskraft.

4. Hat sie nun oder hat sie nicht?

Womit wir am Schluss noch einmal auf Angela Merkel zurückkommen. Ihre politische Urteilskraft hat zumindest ausgereicht, um darauf zu verzichten, sich vom Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes einen Teppich aus Afghanistan mitbringen zu lassen. Sie hat die BILD-Redaktion nicht in ihr Privatleben eingelassen und hat so auch nie die Versuchung verspürt, den Chefredakteur dieser Zeitung während einer Dienstreise aus dem Ausland anzurufen und einen Artikel über sich verhindern zu wollen. Sie hat den russischen Präsidenten Putin nicht als „lupenreinen Demokraten“ bezeichnet. Und es gibt gute Gründe zu der Annahme, dass sie weitreichende Entscheidungen zur Energiepolitik nicht wie der Ministerpräsident eines bestimmten süddeutschen Landes von den freundschaftlichen, aber vielleicht auch viel mehr als freundschaftlichen Ratschlägen eines Investmentbankers abhängig gemacht.

Aber wenn es um die Euro-Krise geht, die schon längst eine Europa-Krise geworden ist, um die Perspektiven der sogenannten Energiewende oder um die Entwicklung der öffentlichen Schulden in Deutschland – wieviel Ahnung sie da hat, und ob ihre eigenen Vorstellungen sich durchsetzen lassen, inwieweit sie, wenn sie mindestens bestimmte Vorstellungen davon durchsetzen will, Kompromisse machen und überhaupt politisch über die Bande spielen muss, darüber zu berichten und zu urteilen, bleibt eine Herausforderung Ihrer politischen Urteilskraft.

Berlin, 22. Juni 2012